STADT NORDEN

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Untervtausschusses (17/BU/2009)

am 18.02.2009

Linker Saal im Hotel "Stadt Norden"

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bau- und Untervtausschusses am 13.11.2008
0733/2009/3.1
7. Stadtentwicklungskonzept
0589/2008/3.1
8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 141V, 1. Änderung; Aufstellung, Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und Träger öffentlicher Belange
0740/2009/3.1
9. Bebauungsplan Nr. 155; Gebiet: Kolkland/Süderneuland II; Aufstellungsbeschluss
0708/2009/3.1
10. Norden Nordseestraße; Antrag zur Erstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
0735/2009/3.1
11. 72. Änd. des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden; Gebiet: Süderneuland 2 zwischen Addinggaster Tief, Südring und Leegemoorweg -Photovoltaik-; Aufstellungsbeschluss
0619/2008/3.1
12. Bebauungsplan Nr. 152 der Stadt Norden; Gebiet: Süderneuland 2 zwischen Addinggaster Tief, Südring und Leegemoorweg -Photovoltaik-; Aufstellungsbeschluss
0620/2008/3.1
13. Wegweisungsbeschilderung im Bereich der Ortsumgehung Norden; Bericht
0743/2009/3.3
14. Straßenausbaubeiträge Neuer Weg
Endgültige Abrechnung
0704/2008/3.3
15. Ausbau der Straßen "Kreuzdornweg und ein Teilstück des Schierlingsweges" im Bebauungsplangebiet Nr. 142
0729/2009/3.3
16. Haushalt 2009, Unterbudgets aus dem Fachbereich 3
0731/2009/FB3

17. Bezug von NaturWatt-Strom plus der Norder Stadtwerke durch die Stadt Norden und ihre Betriebe; Antrag der Ratsfraktion "Bündnis 90/Die Grünen"
0737/2009/FB3
18. Dringlichkeitsanträge
19. Anfragen
20. Wünsche und Anregungen
- 20.1. Fertigstellung der Umgehungsstrasse - Zeitplan
AN/0536/2009
- 20.2. Rad- und Fußweg Ostermarsch
AN/0537/2009
- 20.3. Verkehrssicherungspflicht an Bahnübergängen
AN/0538/2009
- 20.4. Zustand des alten Bahnhofsgebäudes Bahnhofstrasse
AN/0540/2009
- 20.5. Rad- und Fußweg Ziegeleistrasse
AN/0541/2009
- 20.6. Realisierung des Südlichen Stadteingangs
AN/0542/2009
21. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Fuchs eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Fuchs stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Ratsfrau Niehaus vertritt heute Ratsherrn Martens.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die Tagesordnung ohne Dringlichkeitsanträge wird einvernehmlich festgestellt.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen zur Bekanntgabe vor.

zu 5 Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

**zu 6 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 13.11.2008
0733/2009/3.1**

Ratsherr Köther bittet um Klärung zu Tagesordnungspunkt 13 auf Seite 13 der Niederschrift. Städtischer Baudirektor Memmen habe behauptet, das die protokollierte Äußerung von Ratsherr Köther nicht belegt sei. Er bitte um Klärung, ob das so gesagt wurde oder nicht.

Ratsherr Klaffke bemängelt die Frist zur Übersendung der Niederschrift. Für eine Sitzung im November sei eine Übersendung im Januar zu spät.

Hierzu Anmerkung des Protokollführers:

Aufgrund der langfristigen Erkrankung von Frau Swyter, die den Sitzungsdienst für den Bau- und Umweltausschuss **gemeinsam** mit Herrn Born ausübt, ist eine schnellere Bearbeitung – hier die Fertigung zweier Protokolle mit einem Umfang von ca. 30 Seiten - nicht eher möglich gewesen. Sollte die Erkrankung noch weiter andauern, ist u. U. nicht gewährleistet, dass die Niederschriften der vergangenen Sitzung bei der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorliegen.

Beschlussvorschlag:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 7 Stadtentwicklungskonzept
0589/2008/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Der vorliegende Bericht stellt eine Fortschreibung des im Jahr 1997 für die Stadt Norden erarbeiteten Stadtentwicklungskonzeptes dar.

Ziel dieser Fortschreibung ist es,

- eine Aktualisierung der Entwicklungsdaten vorzunehmen – was ist in der Stadt bzw. den Ortsteilen passiert? Die Auswertung der Daten erfolgt dabei je nach Verfügbarkeit als lange (über 15 Jahre -1990 bis 2005) oder kurze Zeitreihe (ca. 5 Jahre)
- im Hinblick auf die künftigen Anforderungen an die Stadtentwicklung die Rahmenbedingungen zu beschreiben, unter denen sich Stadtentwicklung vollzieht
- sowie Handlungsanregungen zu geben, auf diese sich wandelnden Rahmenbedingungen zu reagieren und Ziele für die weitere Entwicklung der Stadt zu setzen.

Die aktuelle Bearbeitung steht dabei als Fortschreibung in engem Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept von 1997; daher wurden die Themen Bevölkerungsentwicklung / Wohnen / Siedlungsentwicklung / Entwicklungsflächen bearbeitet.

Andere wichtige Themen werden in ihren Grundzügen dargestellt, die Erarbeitung erfolgt jedoch in unterschiedlicher Tiefe.

Zu den Kosten:

Dieser Beschluss bereitet kostenpflichtige Aufträge vor, sofern der Rat der Stadt Norden dem Vorschlag der Verwaltung zustimmt. Insofern konnte keine Summe der Kosten angegeben werden. Die Vorgaben für die Vergabe von Planungsaufträgen werden dabei beachtet. Das Monitoring wird von der Verwaltung durchgeführt und nur bei Bedarf über Aufträge ergänzt. Auch hierbei gilt: Die Vorgaben für die Vergabe von Planungsaufträgen werden dabei beachtet.

Ratsfrau van Gerpen vermisst im Konzept die strikte Trennung von Bestandsaufnahmen, Entwicklung, Bestand im Vergleich zu den Handlungsempfehlungen. Die Daten müssten aktualisiert werden. Die SPD-Fraktion habe einige Punkte und Ergänzungen ausgearbeitet, die sie vorliest und dann dem Protokollführer überreicht.

Bürgermeisterin Schlag bedankt sich für die intensive Beschäftigung mit dem Konzept und schlägt die Verteilung der Punkte an alle Ausschussmitglieder vor.

Beigeordneter Sikken stimmt seitens der Allianz mit vielen Punkten der SPD-Fraktion überein. Seine Fraktion stelle hiermit folgenden Antrag:

Der Antrag solle als Ziffer 3 des Beschlussvorschlages eingefügt werden:

Die Verabschiedung des Stadtentwicklungskonzeptes beinhaltet nicht die Ausweisung weiterer Baugebiete. Diese sind im Einzelfall anhand einer Prioritätenliste vorzuschlagen. Die Prioritätenliste muss nicht bindend sein, sondern ist in einem dynamischen Prozess fortzuschreiben.

Ratsherr Bent beschreibt eine Abweichung dieses Konzeptes zum 1. Entwurf. Man könne aber heute keine Beschlussempfehlung treffen, es wäre eine weitere politische Diskussion erforderlich.

Städtischer Baudirektor Memmen betont, dass der angedeutete Vorwurf, die Baulandpolitik ginge weiter in den Außenbereich hinein ohne eine Innenbereichsentwicklung zu betreiben so nicht stimme. In den letzten Jahren habe man sich sicher auch nach außen entwickelt. Vor 1990 wäre die Stadt Norden in Sachen Baulandpolitik ein Negativbeispiel gewesen, alle Nachbargemeinden hätten sich damals aktiver betätigt. Im Gebiet des Landkreises Aurich wäre Norden die einzige Gemeinde, die einen Zuwachs zu verzeichnen habe. Man resultiere davon, dass Bauland ausgewiesen und Investorenmodelle angeboten wurde.

Ratsherr Köther vermisst eine Diskussion über ein Freiraumkonzept. Es wäre Druck von dem Bau der Umgehungsstraße da. Er könne aber die Prognosen nicht verstehen.

Beigeordneter Sikken betont, dass der Antrag der Allianz dahin ziele, etwas zu ändern. Die Politik möchte sich vorher Gedanken machen, wo Bauland entwickelt wird. Es wäre keine Schuldzuweisung für frühere Planungsfehler.

Ratsherr Bent bemerkt, dass man früher keine Möglichkeit gehabt hätte in Norden Baugrundstücke zu bekommen. Viele Norder hätten damals außerhalb gebaut, weil kein Bauland zur Verfügung gestanden hätte.

Bürgermeisterin Schlag ist der Ansicht, das es müßig sei über Fehler der Vergangenheit zu diskutieren, man müsse es jetzt besser machen. Bezüglich des Antrages der Allianz fragt sie nach, ob das so zu verstehen sei, dass die Politik die Planung neuer Baugebiete vorher mit empfehlen wolle. Dies vom Beigeordneten Sikken bejaht.

Hierzu kritisiert Städtischer Baudirektor Memmen, ob die Verwaltung denn jetzt ihren Sach- und Fachverstand ausschalten solle. Anstöße aus der Politik seien schon immer aufgenommen worden und man habe die Bebauungspläne gemeinsam auf den Weg gebracht.

Vorsitzender Fuchs bemerkt hierzu, dass das sicher nicht Kritik an der Verwaltung sein solle, es sei vielleicht etwas zu stark dargestellt.

Ratsherr Bent möchte den Vorschlag ernstnehmen, den Stadtentwicklungsplan durchnehmen und dann sagen, was man wolle.

Auf den Wunsch von Ratsherrn Zitting nach einer anderen Reihenfolge der Handlungsfelder (Seite 118 des Konzeptes), antwortet Bürgermeisterin Schlag, dass dieses aber dem Stadtleitbild entspräche. Bezüglich der Anträge schlägt sie vor, den vorgetragenen Antrag der Allianz zusammen mit dem vorgelegten der SPD-Fraktion vom Protokollführer zusammenzufassen und bis zum Wochenende den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 141V, 1. Änderung; Aufstellung, Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und Träger öffentlicher Belange 0740/2009/3.1

Sach- und Rechtslage:

Mit öffentlicher Bekanntmachung vom 23.11.2007 ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 141V „Westerstr. 12-15“ rechtsverbindlich geworden. Der Bebauungsplan beinhaltet ein Vorhaben, das aus folgenden drei Teilen besteht:

1. Instandsetzung eines Wohn- und Geschäftshauses an der Westerstraße
2. Neuerrichtung einer Pflegestation in einer Seniorenwohnanlage
3. Neuerrichtung eines Wohngebäudes für betreutes Wohnen in einer Seniorenwohnanlage.

Während die Teile 1 und 3 des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes weitgehend realisiert worden sind, ist mit der Errichtung der Pflegestation noch nicht begonnen worden.

Mittlerweile hat die Vorhabenträgerin davon Abstand genommen, ein Pflegeheim zu bauen und mit Schreiben vom 30.01.2009 den Antrag auf Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gestellt. Nunmehr vorgesehen ist die Errichtung einer „teilstationären-betreuten Wohn- und Pflegeanlage“.

Der Nutzungsunterschied besteht im Vergleich zur im rechtskräftigen vorhabenbezogenen/Vorhaben- und Erschließungsplan festgesetzten Pflegeeinrichtung in wesentlichen darin, dass anstatt von Ein- und 2-Bettzimmern für pflegebedürftige Menschen (40-50 Pflegeplätze in 38 Zimmern) nunmehr die Errichtung von ca. 15 abgeschlossenen Wohnungen für ältere und pflegebedürftige Menschen, verbunden mit Einrichtungen zur teilstationären Pflege, vorgesehen ist.

Insbesondere begründet die Vorhabenträgerin die Änderung ihrer Planung mit den allgemein gewandelten Auffassungen zur Betreuung älterer Menschen, die vom Land Niedersachsen in den Vorgaben zur Einführung der teilstationären Pflege vom 01.07.2008 geführt hätten. Das Nähere ist dem Antragschreiben vom 30.01.2009 zu entnehmen.

Grundsätzliche städtebauliche Probleme, die einer Planänderung entgegenstünden, bestehen nicht. Da die nunmehr geplanten Wohnungen veräußert werden sollen, ist ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass das geplante Gebäude dauerhaft von älteren und pflegebedürftigen Personen genutzt und eine spätere Umwidmung in ein frei nutzbares Wohngebäude verhindert wird. Die Vorhabenträgerin will dies durch Formulierungen im Kaufvertrag sicherstellen. Eine entsprechende Verpflichtung der Stadt gegenüber ist im neu zu schließenden Durchführungsvertrag mit aufzunehmen.

Zu der Sitzungsvorlage werden von Herrn Brauer von der Klaaßen Verwaltungs GmbH & Co. KG nähere Erläuterungen gegeben.

Ratsherr Wallow ist der Ansicht, dass hier nun 15 schicke Eigentumswohnungen gebaut würden. Er habe sich eigentlich gewünscht, dass man von Anfang an Eigentums- und keine Altenwohnungen habe wolle. Angesichts der potenziellen Käufer, die in der Regel noch Stellplätze für ihre Fahrzeuge benötigen würden, müsse man das Parkplatzproblem noch mal näher betrachten. Diese erneute Umplanung des Vorhabens dürfe keine Kosten für die Stadt Norden bringen. Insgesamt wäre das Vorhaben aber eine gute Geschichte für die Entwicklung Nordens.

Ratsherr Köther betont, dass die Investoren nicht machen dürften, was sie wollen.

Bezüglich der angesprochenen Punkte – Stellplätze und Ver- und Entsorgung erfolge eine Klärung mit dem Investor, sagt Städtischer Baudirektor Memmen zu.

Auf Nachfrage des Ausschusses, wer die Wohnungen erwerben könne, teilt Herr Brauer mit, dass hierzu eine Grunddienstbarkeit eingetragen werde, die nur einen Erwerb ab 60 Jahre oder bei nachgewiesener Schwerbehinderung zulasse. Die Weitervermietung sei jedoch möglich.

Hierzu werde es Regelungen im städtebaulichen Vertrag geben, erklärt Städtischer Baudirektor Memmen.

Ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 9 Bebauungsplan Nr. 155; Gebiet: Kolkland/Süderneuland II; Aufstellungsbeschluss 0708/2009/3.1

Sach- und Rechtslage:

Antrag:

Herr Rudolf Schwitters beantragt mit Schreiben vom 09.12.2008, für die Freifläche „Kolkland“ in Süderneuland II zwischen Heerstraße, Eisenbahn und der Straße „Am Bahndamm“, einen Bebauungsplan aufstellen zu lassen.

Die verkehrliche Erschließung soll über die Kolklandstraße und eine parallel zur Straße „Am Bahndamm“ geführte Stichstraße mit Wendepplatz erfolgen.

Die Bebauung soll sich in die vorhandene angrenzende Siedlungsstruktur einfügen und aus Einzelhäusern bestehen. Weiterhin soll planerisch ausgeschlossen werden, dass in dem Gebiet Ferienhäuser bzw. Ferienwohnungen errichtet werden.

Der Bebauungsplan wird von einem qualifizierten Planungsbüro erstellt.

Verfahren:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes 155 erfolgt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a i. V. m. § 13 Abs. 1 und 2 BauGB (vereinfachtes Verfahren), da die Bebauungsplanänderung zur Innenentwicklung dient und die Grundfläche im Änderungsbereich eine Fläche von 20.000 qm nicht überschreitet.

Der Flächennutzungsplan wird entsprechend den künftigen Festsetzungen im Bebauungsplan berichtigt. Die bisher als Mischgebiet dargestellte Fläche soll zukünftig als Wohnbaufläche dargestellt werden.

Bevor der auslegungsreife Planentwurf in die Beteiligungsverfahren geht, wird er vorab einschließlich Begründung und Gutachten den politischen Gremien vorgelegt und es werden die erforderlichen Beschlüsse (Beteiligungsverfahren) eingeholt.

Vorsitzender Fuchs schlägt vor, vor der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses das geplante Baugebiet zu besichtigen.

Ratsherr Bent zeigt sich überrascht, dass die Vorlage heute auf der Tagesordnung stünde. Es gäbe noch viele ungeklärte Fragen z.B. Ausgleichsmaßnahmen und die Frage eines Kinderspielfeldes am Ortseingang von Norden.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht beraten. Vor der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses soll zunächst eine Ortsbesichtigung durchgeführt werden.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 10 Norden Nordseestraße; Antrag zur Erstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 0735/2009/3.1

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat sich bereits im Vorjahr mit einem Antrag der Systembau GmbH, auf den besagten Grundstücken zwecks der Errichtung von Wohn- und Ferienhäusern den Bebauungsplan Nr. 18 zu ändern, befasst und dieses in seiner Sitzung am 24.06.2008 abgelehnt (s. Sitzungsvorlage Nr. 0530/2008/3.1).

Die Gründe für die Ablehnung waren:

1. Die beabsichtigte ungeordnete Bebauung in den hinteren Grundstücksbereichen hätte die bisher sehr wertvolle Siedlungsstruktur in diesem Gebiet negativ verändert.
2. Eine geordnete Innenentwicklung wäre aufgrund der unbefriedigenden verkehrlichen Erschließung (sehr schmale Stichstraßen) unmöglich geworden.
3. Die überwiegend beabsichtigte bauliche Nutzung als Ferienhäuser hätte die bisherige Wohnruhe erheblich gestört.

Mit Schreiben vom 12.01.2009 beantragt die Systembau GmbH nunmehr, einen V+E-Plan und damit einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufstellen zu dürfen, und hat diesem Antrag ein Bauungskonzept sowie einen Plan der Ansichten und Grundrisse der zur Errichtung beabsichtigten Wohngebäude beigelegt. Zusätzlich erklärt sich die Systembau GmbH mit der Nutzungseinschränkung auf Dauerwohnen einverstanden.

Anzuerkennen ist der Umstand, dass mit dem Einverständnis zum Dauerwohnen der oben aufgeführte Vorbehalt Nr. 3 nunmehr ausgeräumt werden kann. Ebenfalls zu begrüßen ist die im Vergleich zu den Unterlagen im Vorjahr deutlich verbesserte Architektur der Gebäude, die nunmehr sowohl in der großzügigeren Wohnraumgestaltung als auch in der äußeren Gestaltung sich wesentlich besser in der Umgebung einfügt.

Leider zeigt der städtebauliche Gestaltungsentwurf die aus dem Vorjahr bekannte unbefriedigende verkehrliche Erschließung mit zwei äußerst schmalen Stichwegen, die über bisherige Wohngrundstücke verlaufen, auf. Auch ist zu vermuten, dass die seinerzeit von der Verwaltung angeregte Abstimmung mit den Eigentümern der Nachbarschaftsgrundstücke über ein gemeinsames Verdichtungskonzept nicht erfolgt ist, da hier lediglich ein Antrag über die im Eigentum der Systembau-GmbH befindlichen Flächen gestellt wurde.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den mit Datum vom 12.01.2009 gestellten Antrag der Systembau GmbH abzulehnen.

Beigeordneter Sikken erkundigt sich nach den Grenzabständen eines in diesem Gebiet errichteten Holzgartenhauses. Städtischer Baudirektor Memmen sagt ihm eine Klärung zu.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Norden lehnt den Antrag der System-Bau GmbH 12.01.2009, im Gebiet des

Bebauungsplanes Nr. 18 der Stadt Norden für den Bereich der Flurstücke 85/10, 87/12 und 87/11 der Flur 5 der Gemarkung Norden einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen, ab.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 11 **72. Änd. des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden; Gebiet: Süderneuland 2 zwischen Addingaster Tief, Südring und Leegemoorweg -Photovoltaik-; Aufstellungsbeschluss 0619/2008/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Antragsteller:

Palmis Energie AG, 82031 Grünwald, Dr. – Max-Straße 15

Projekt:

Aufgrund der Klimaschutzziele der EU und des Bundes besteht der Bedarf, regenerative Energieträger verstärkt zu nutzen.

Die Palmis Energie AG als leistungsfähiger Projekt- bzw. Vorhabenträger hat vor diesem Hintergrund den Wunsch, eine Photovoltaikanlage in Süderneuland 2 zwischen dem Addingaster Tief, dem Südring und dem Leegemoorweg zu errichten.

Für einen der Teilbereich der Anlage ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich.

Anlagenbeschreibung:

Siehe Anlage 2

Bereitstellung der Flächen:

Die sich im Eigentum der Herren Tjade Peters und Berend Gerdes befindlichen Flächen im Geltungsbereich des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 152 stehen lt. schriftlicher Zusage langfristig für eine Verpachtung zur Verfügung. Die formelle Seite der Verpachtung und die damit verbundene städtebauliche Aufplanung des Gebietes ist in einem Nutzungsvertrag zu regeln.

Städtebauliche Erläuterungen:

Der Bebauungsplan soll als Interimsbebauungsplan gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB mit dem Ziel aufgestellt werden, dass die Nutzung des geplanten Gebietes als Sonstiges Sondergebiet gem. § 11 Abs. 2 BauNVO für Anlagen, die der Erforschung, Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien dienen, nur bis zur endgültigen Einstellung des Betriebes der Photovoltaik-Freiflächenanlage zulässig sein soll und das als Folgenutzung die landwirtschaftliche Nutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 18a BauGB festgesetzt wird.

Der Bebauungsplan kann nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden, da dieser für den Planbereich lediglich landwirtschaftliche Flächen darstellt. Daher muss der Flächennutzungsplan parallel zu dem Bebauungsplanaufstellungsverfahren entsprechend geändert werden. Im Flächennutzungsplan ist entsprechend den Festsetzungen im Bebauungsplan eine Sonderbaufläche darzustellen.

Es ist nur der südliche Teilbereich der Gesamtphotovoltaikanlage über den neu aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 152 geregelt, da der übrige Bereich bereits über den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 41, 1. Änderung städtebaulich geordnet ist (siehe Anlage 1) und Photovoltaikanlagen zulässt.

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit TOP 12 beraten.

Es erfolgt eine Vorstellung des Projektes und damit beabsichtigten Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 152 durch Dipl.-Ing. von Hardenberg.

Beigeordneter Sikken meint, man solle die Vorlage in den Verwaltungsausschuss schieben und nur Kenntnis nehmen. Es müsse sichergestellt sein, dass die Gewerbesteuer in Norden erhoben werden könne. Die Sicherstellung würde über den städtebaulichen Vertrag erfolgen, sagt Städtischer Baudirektor Memmen zu.

Auch Beigeordnete Kleen sieht heute keinen Beschluss, wünscht sich aber eine Vorstellung des Projektes für die Anwohner von Nadörst. Dieser Ansicht schließt sich Ratsherr Köther an.

Bürgermeisterin Schlag hält die Information der unmittelbar Betroffenen für eine gute Anregung. Die Entscheidung für das Projekt sei sehr positiv für Norden.

Ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 12 Bebauungsplan Nr. 152 der Stadt Norden; Gebiet: Süderneuland 2 zwischen Addingaster Tief, Südring und Leegemoorweg -Photovoltaik-; Aufstellungsbeschluss 0620/2008/3.1

Sach- und Rechtslage:

Antragsteller:

Palmis Energie AG, 82031 Grünwald, Dr. – Max-Straße 15

Projekt:

Aufgrund der Klimaschutzziele der EU und des Bundes besteht der Bedarf, regenerative Energieträger verstärkt zu nutzen.

Die Palmis Energie AG als leistungsfähiger Projekt- bzw. Vorhabenträger hat vor diesem Hintergrund den Wunsch, eine Photovoltaikanlage in Süderneuland 2 zwischen dem Addingaster Tief, dem Südring und dem Leegemoorweg zu errichten.

Für einen der Teilbereich der Anlage ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich.

Anlagenbeschreibung:

Siehe Anlage 2

Bereitstellung der Flächen:

Die sich im Eigentum der Herren Tjade Peters und Berend Gerdes befindlichen Flächen im Geltungsbereich des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 152 stehen lt. schriftlicher Zusage langfristig für eine Verpachtung zur Verfügung. Die formelle Seite der Verpachtung und die damit verbundene städtebauliche Aufplanung des Gebietes ist in einem Nutzungsvertrag zu regeln.

Städtebauliche Erläuterungen:

Der Bebauungsplan soll als Interimsbebauungsplan gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB mit dem Ziel aufgestellt werden, dass die Nutzung des überplanten Gebietes als Sonstiges Sondergebiet

gem. § 11 Abs. 2 BauNVO für Anlagen, die der Erforschung, Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien dienen, nur bis zur endgültigen Einstellung des Betriebes der Photovoltaik-Freiflächenanlage zulässig sein soll und das als Folgenutzung die landwirtschaftliche Nutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 18a BauGB festgesetzt wird.

Der Bebauungsplan kann nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden, da dieser für den Planbereich lediglich landwirtschaftliche Flächen darstellt. Daher muss der Flächennutzungsplan parallel zu diesem Bebauungsplanaufstellungsverfahren entsprechen geändert werden. Im Flächennutzungsplan ist entsprechend den Festsetzungen im Bebauungsplan eine Sonderbaufläche darzustellen.

Es ist nur der südliche Teilbereich der Gesamtphotovoltaikanlage über den neu aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 152 zu regeln, da der übrige Bereich bereits über den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 41, 1. Änderung städtebaulich geordnet ist (siehe Anlage 1) und Photovoltaikanlagen zulässt.

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit TOP 11 beraten. Der Abdruck des Wortprotokolls erfolgt dort.

Ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 13 Wegweisungsbeschilderung im Bereich der Ortsumgehung Norden; Bericht 0743/2009/3.3

Sach- und Rechtslage:

Die wegweisende Beschilderung im Bereich der Ortsumgehung Norden (zukünftige B 72) wurde nach eingehender Beratung aller zu beteiligenden Behörden und Entscheidungsträger von dem Ingenieurbüro Siegenger – Verkehrstechnik GmbH, Karlsruhe, geplant und ausgearbeitet.

Das erarbeitete wegweisende Beschilderungskonzept wurde verkehrsbehördlich angeordnet.

Die Beschilderung in Richtung „Norden – Zentrum“ befindet sich für den Verkehr aus Georgsheil kommend im neu entstehenden Einmündungsbereich Ortsumgehung Norden/neue Anbindung der Bahnhofstraße. Vor dem neu entstehenden Einmündungsbereich Bahnhofstraße/Wurzeldeicher Straße wird der Verkehr weiter in die Innenstadt geführt (über den Verlauf der alten B 72 zum Marktplatz).

Für den Verkehr auf der Umgehungsstraße aus Norddeich kommend ist eine Wegweisung zum „Norden – Zentrum“ nicht vorgesehen. Es handelt sich bei diesem Verkehr fast ausschließlich um Urlauber von den Inseln Norderney/Juist, die die Heimreise antreten wollen. Eine zusätzliche Wegweisung zum „Norden – Zentrum“ ist hier aus Sicht des Straßenbaulastträgers und der Verkehrsbehörde nicht erforderlich. Urlauber, die noch einen Abstecher nach Norden machen möchten, haben bereits am Kreisel OU Norden/L 5 die Möglichkeit, in Richtung „Norden – Nord“ zu fahren. Im Einmündungsbereich Ostermarscher Straße/Norddeicher Straße werden diese Verkehrsteilnehmer dann weiter über die Norddeicher Straße nach Norden geführt.

Der Urlauberverkehr, der in den Wohngebieten Norddeichs Urlaub macht, kennt sich aus und

fährt über die Norddeicher Straße (alte B 72) nach Norden. Hierfür wird die Umgehungsstraße gar nicht in Anspruch genommen.

Die bereits seit Jahren empfohlene umfangreiche Ausweisung von Parkplätzen im Bereich der Norder Innenstadt über ein Parkleitsystem konnte bislang aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden.

Die wegweisende Beschilderung im Bereich der Ortsumgehung Norden wird anhand des vorliegenden Konzeptes erläutert.

Verwaltungsfachangestellter Carstens gibt Erläuterungen zu der Sitzungsvorlage.

Ratsherr Bent sieht diese Informationen als wichtig für alle Ratsmitglieder an. Grundlage seien der Planfeststellungsbeschluss und die Linienführung der Straßen (Klassifizierung). Eine Ausweisung des Ekeler Wegs mit Ost und West halte er genauso wie beim Looger Weg für überflüssig.

Städtischer Baudirektor Memmen bemerkt, dass es hierzu schon mehrere Gespräche gegeben habe. Federführend sei der Straßenbaulastträger. Man könne im übrigen eine Beschilderung nachvollziehbar nur mit bis zu 5 Hinweisen anbringen, mehr könne der Verkehrsteilnehmer nicht aufnehmen.

Verwaltungsangestellter Carstens weist auf die Richtlinien zur Zielbeschilderung hin und führt seine Erläuterungen zu den einzelnen Kreuzungspunkten weiter.

Vorsitzender Fuchs hält beim Kreisel Lütetsburg / Hage einen Hinweis auf Norden-Zentrum für wichtiger als auf die Heerstraße.

Städtischer Baudirektor Memmen erklärt, dass die Straßenbezeichnungen Looger Weg bzw. Ekeler Weg wegen der Durchschneidung durch die Umgehungsstraße auf den Schildern aufgenommen werden müssten.

Ratsherr Köther hält die Querung am Ekeler Weg für überflüssig, sie wäre nur wegen der Landwirte eingerichtet worden. Weiterhin hält er eine Beschilderung mit „Linksabbiegen“ vor den Kreiseln für problematisch, weil so der Eindruck entstünde, dass links in den Kreisel eingefahren werden könne.

Hierzu erwidert Verwaltungsangestellter Carstens, dass der Kreisverkehr auf den Vorwegweisern dargestellt sei.

Bezüglich des Ekeler Weg erklärt Städtischer Baudirektor Memmen, dass im Planfeststellungsbeschluss die Anbindung dargestellt war. Die Umgehungsstraße sei auch eine Verteilungsachse und damit würden die Straßen, die an die Umgehungsstraße angeschlossen werden, an Bedeutung im innerörtlichen Verkehr zunehmen.

Ratsfrau van Gerpen hält die „Links-Beschilderung“ vor den Kreiseln auch für bedenklich. Es gäbe außerdem kein System, auf innerörtliche Stadtstrasse hinzuweisen.

Verwaltungsfachangestellter Carstens erklärt, dass die Funktion der weißen Beschilderung die Vorwegweisung u.a. auf durch die Umgehungsstraße getrennte Gemeindestraßen sei und hier z.B. eine Ost / West – Beschilderung üblich sei.

Darauf erwidert Ratsfrau van Gerpen, dass Zielwegweisung auf eine Örtlichkeit und nicht zu einer Straße führe.

Beigeordneter Sikken hält eine Ausschilderung auf das „Ocean Wave“ für sinnvoll.

Bürgermeisterin Schlag verlässt um 19.03 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender Fuchs hält am Kreisel Ostermarsch aus Richtung Norddeich kommend einen Hin

weis auf „Norden-Zentrum“ für wichtig.

Ratsfrau Niehaus erkundigt sich, ob man denn die Beschilderung noch ändern könne. Darauf antwortet Verwaltungsfachangestellter Carstens, dass die Anregungen aufgenommen würden, der Antrag jedoch raus sei und Änderungen nur in Absprache mit dem Straßenbauamt und der Polizei vorgenommen werden könnten.

Ratsherr Blaffert fordert die Veränderungen.

Ratsherr Köther findet einen Hinweis auf das Ocean Wave und die Kurklinik wichtig. Hierauf erwidert Verwaltungsangestellter Carstens, dass diese Hinweise auf den Übersichtstafeln vorm dem eigentlichen Kreisel vorhanden seien.

Vorsitzender Fuchs fasst die Diskussion dahingehend zusammen, **dass der Bau- und Umweltausschuss Kenntnis nimmt, aber mit den Planungen nicht einverstanden ist.**

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Protokollnotiz:

Der Ausschuss ist jedoch mit den Planungen nicht einverstanden – Einzelheiten in der Niederschrift.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 14 Straßenausbaubeiträge Neuer Weg
Endgültige Abrechnung
0704/2008/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat am 17.07.1989 das Bauprogramm zur Neugestaltung des westlichen und östlichen Seitenstreifens des Neuen Weges entsprechend dem Ausbauplan nach der Plandarstellung vom 14.06.1989 beschlossen. Am 24.08.1990 wurde ergänzend hierzu die Änderung des Ausbauplans entsprechend der Plandarstellung vom 15.08.1990 beschlossen.

Daraufhin wurde am 25.09.1989 mit dem Umbau des Neuen Weges (damals noch B 70) zur Fußgängerzone begonnen. So wurden in der ersten Bauphase (1989/1990) lediglich die in der Straßenbaulast der Stadt Norden befindlichen Nebenanlagen erneuert. Im Zuge der Bauarbeiten wurde eine Verbreiterung und Erneuerung der Gehwege, eine Erneuerung der Beleuchtungsanlagen und eine Begrünung vorgenommen.

Nach Abstufung der B 72 mit Wirkung zum 01.07.1994 zur Gemeindestraße konnte schließlich der endgültige Umbau zur Fußgängerzone in Angriff genommen werden. In vielen Zusammenkünften der seinerzeit eingerichteten Planungsgruppe „Fußgängerzone“, konnte das Einverständnis aller Beteiligten über Art und Umfang der endgültigen Umbauarbeiten zur Fußgängerzone hergestellt werden. Auch die Anlieger waren in dieser Planungsgruppe umfassend vertreten, so dass nicht zuletzt im Rahmen mehrerer Anliegerversammlungen eine breite Mehrheit der Anlieger einen zügigen Umbau zur Fußgängerzone wünschte.

So konnte der Rat der Stadt Norden in seiner Sitzung am 11.06.1997 in Erweiterung der 1989

begonnenen Umbaumaßnahmen den endgültigen Ausbauplan vom 15.08.1996 zur Umgestaltung des Neuen Weges zur Fußgängerzone beschließen. Mit den Bauarbeiten sollte damals auf Wunsch der Anlieger noch im Jahre 1997 begonnen werden, so dass wegen der zu diesem Zeitpunkt noch nicht verfügbaren Haushaltsmittel die Norder Bau& Grund GmbH (NBG) als Bauträger eintrat. Hierüber wurde zwischen der Stadt Norden und dieser Firma nach entsprechender Beschlussfassung durch den Rat vom 11.06.1997 am 03.09.1997 ein Ausbauvertrag abgeschlossen. Damit wurde sichergestellt, dass die zunächst von der NBG getragenen Kosten als beitragsfähiger Aufwand der Stadt Norden auf die Anlieger umgelegt werden konnten.

Zur näheren Erläuterung der Kosten und Einnahmen der Umbaumaßnahme wird auf die folgende Aufstellung verwiesen.

I. Zusammenstellung der Ausbaukosten für Umbauphase 1 (Seitenbereiche 1989/90)

Rechnungen:	DM	€
1. Bauabschnitt Schlussrechnung ArGe Tell/Bold	974.502,70	498.255,31
2. Bauabschnitt Schlussrechnung ArGe Tell/Bold	879.047,90	449.450,05
Straßenbeleuchtung Rechnungen Fa. Louis Poulsen, Stadtwerke und CO-Stahl	126.942,36	64.904,60
Sitzelemente, R. Wilhelm Schmidt vom 07.07.1990	4.339,98	2.219,00
Begrünung, Rechnungen H. Fischer vom 19.04.1990, 08.11.1990 und 01.03.1991	149.804,47	76.593,81
Planungskosten, R. NWP 20.02.1989-26.11.1990	<u>36.673,44</u>	<u>18.750,83</u>
Zwischensumme Ausbaukosten 1989/90	2.171.310,85	1.110.173,60

II. Zusammenstellung der Ausbaukosten für Umbauphase 2 (1997/98)

1. Bauabschnitt Schlussrechnung NBG	519.522,47	265.627,62
2. Bauabschnitt Schlussrechnung NBG	<u>898.615,30</u>	<u>459.454,70</u>
Zwischensumme Ausbaukosten 1997/98	1.418.137,77	725.082,32
Gesamtausbaukosten	3.589.448,62	1.835.255,92
	=====	=====

III. Zusammenstellung der nicht beitragsfähigen Kosten und Zuschuss der Stadtwerke

Nicht beitragsfähige Ausbaukosten	150.128,51	76.759,49
Entwurf Skulptur „de Hahn“	1.400,00	715,81
Zuschuss der Stadtwerke vom 27.05.1998	<u>48.750,00</u>	<u>24.925,48</u>
Zwischensumme	200.278,51	102.400,78
Beitragsfähiger Aufwand	3.389.170,11	1.732.855,14
	=====	=====
Abzüglich 50 % Eigenanteil der Stadt Norden	1.694.585,06	866.427,57
= umlagefähiger Aufwand	1.694.585,05	866.427,57
	=====	=====
abzüglich der gezahlten Vorausleistungen	<u>1.765.247,26</u>	<u>902.556,59</u>
verbleiben an die Anlieger zu erstatten	70.662,21	36.129,01
	=====	=====

Bei den Ausbaukosten handelt es sich um Aufwendungen, für die Straßenausbaubeiträge gem. § 6 (7) Nds. Kommunalabgabengesetz (NKAG) in Verbindung mit der Straßenausbaubei-

tragssatzung der Stadt Norden vom 26.03.1987 zu erheben sind.

Als letzte Unternehmerrechnung für den Ausbau des Neuen Weges ist die Schlussrechnung der NBG am 24.08.1999 bei der Stadt Norden eingegangen. Gem. § 8 der Straßenausbaubeitragsatzung wird daher empfohlen, den Zeitpunkt der Beendigung der beitragsfähigen Maßnahme auf den 24.08.1999 festzusetzen.

Der beitragsfähige Aufwand beläuft sich ausweislich der dem Abrechnungsvorgang beigefügten Rechnungsbelege und Kostenzusammenstellungen auf 1.732.855,14 €, der umlagefähige Aufwand gem. § 4 (2) Nr. 5 der Straßenausbaubeitragsatzung auf 50 %, mithin 866.427,57 €.

Die Grenzen des Abrechnungsgebietes richten sich nach der Plandarstellung vom 09.12.2008.

Das Abrechnungsgebiet befindet sich im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 102. Es handelt sich um einen einfachen Bebauungsplan, in dem gemäß § 30 (3) BauGB sich die Zulässigkeit der Vorhaben im übrigen nach § 34 richtet. Für den gesamten Bereich wurden im vorgenannten Bebauungsplan keine Geschossflächenzahlen festgesetzt. Nach den anzuwendenden Kostenverteilungsregelungen sind die einzelnen Beiträge der Anlieger auf der Grundlage der zulässigen baulichen Ausnutzbarkeit der Grundstücke zu ermitteln. Maßgeblich ist dabei die jeweils für die Ermittlung der zulässigen Geschossfläche anzusetzende Geschossflächenzahl. Diese wurde bereits im Jahre 1990 bei der Erhebung der Vorausleistungen für diese Maßnahme nach der Bebauung der Grundstücke in der näheren Umgebung ermittelt.

Der umlagefähige Aufwand ist gemäß § 6 der Straßenausbaubeitragsatzung in dem Verhältnis auf die Grundstücke zu verteilen, in dem die Summen aus den Flächen der einzelnen Grundstücke und ihrer zulässigen Geschossfläche unter Berücksichtigung der Zuschläge für gewerbliche Nutzung (überwiegend, teilweise bzw. keine gewerbliche Nutzung) zueinander stehen. Dieser Verteilungsmaßstab ist anzuwenden, da die bauliche Ausnutzbarkeit der Grundstücke des Abrechnungsgebietes unterschiedlich ist.

Die in die Verteilungsfläche einzubeziehende Beitragsfläche (Summe aller zu berücksichtigenden Grundstücksflächen + Geschossflächen + Zuschläge für gewerbliche Nutzung) beträgt 157.404,48 qm.

Es ergibt sich somit ein Beitragssatz von 5,504466 €/qm Beitragsfläche.

Sowohl im Jahre 1990 als auch zu Beginn der endgültigen Umbaumaßnahmen im Jahre 1997 wurden die Anlieger zu Vorausleistungen auf die noch endgültig festzusetzenden Straßenausbaubeiträge herangezogen. Diese sind bei der endgültigen Abrechnung zu berücksichtigen.

Der sich für die Anlieger ergebende Erstattungsbetrag steht zur Verfügung, da seinerzeit Minderausgaben für diesen Zweck in die Rücklage abgeführt wurden.

Die späte endgültige beitragsrechtliche Abwicklung begründet sich wie folgt:

- personelle Engpässe des damaligen Tiefbauamtes, wodurch sich bereits zu Beginn die Ermittlung des nicht umlagefähigen Aufwandes (welche Kosten sind für Maßnahmen bei der 1. Umbauphase entstanden, die der endgültigen Umbaumaßnahme nicht dienlich waren – und welche Kosten sind für deren Rückbau entstanden?) erheblich verzögert hat.
- Sachbearbeiterwechsel im Jahre 2002 und 2003 in der Zuständigkeit für die Beitragserhebung, wobei innerhalb des Hauses Einigkeit darüber bestand, dass der ehemalige Sachbearbeiter noch die Abrechnung der Fußgängerzone nach Einarbeitung in seinen neuen Arbeitsplatz vornehmen sollte und ihm dafür die erforderlichen Freiräume verschafft werden sollten.

- Aufgrund einer Erkrankung des damaligen Fachdienstleiters 3.2 musste jedoch dem für die Abrechnungsmaßnahme vorgesehenen Sachbearbeiter kurzfristig nach seinem Dienstpostenwechsel die kommissarische Leitung des Fachdienstes 3.2 übertragen werden. Im Rahmen dieser Aufgabe war es nicht möglich die beitragsrechtliche Abrechnung der Fußgängerzone vorzunehmen. Dieser Zustand hielt über mehrere Jahre, bis in das Jahr 2005, als die Neuordnung der Fachdienste im Fachbereich 3 erfolgte, an.
- Danach völlige Neuorientierung in den Aufgaben, die eine weitere Verzögerung der Abrechnung mit sich brachte.

Es wird empfohlen, den hierzu von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschluss zu fassen.

Ohne Beratung ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Beschlussvorschlag:

1. Der Zeitpunkt der Beendigung der beitragsfähigen Maßnahme wird gem. § 8 der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Norden vom 26.03.1987 auf den 24.08.1999 festgesetzt.
2. Der beitragsfähige Aufwand wird gem. § 3 der Straßenausbaubeitragssatzung auf 1.732.855,14 € (3.389.170,11 DM) festgesetzt, der umlagefähige Aufwand beträgt gem. § 4 (2) Nr. 5 der Straßenausbaubeitragssatzung 50 %, mithin 866.427,57 € (1.694.585,05 DM).
3. Die Grenzen des Abrechnungsgebietes richten sich nach der Plandarstellung vom 09.12.2008.

Stimmresultat:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 15 Ausbau der Straßen "Kreuzdornweg und ein Teilstück des Schierlingsweges" im Bebauungsplangebiet Nr. 142
0729/2009/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Im Bebauungsplangebiet Nr. 142 (Schierlingsweg/Flintkamp) sind inzwischen alle neu entstandenen Baugrundstücke verkauft worden. Von diesen 8 Baugrundstücken sind insgesamt 5 Stück fertig bebaut, d.h., dass z.Zt. eine 63-prozentige Bebauung besteht. Gemäß § 3 des Erschließungsvertrages soll mit dem Endausbau der Straßen innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung von 75 % der projektierten Bauvorhaben in diesem Baugebiet begonnen werden. Dieser Ausbaustand wird noch in diesem Jahr erwartet, so dass die Vorhabenträgerin in Abstimmung mit dem Fachdienst 3.3 vorab einen Ausbauplan über den endgültigen Ausbau aller Straßen in diesem Bebauungsplangebiet aufgestellt hat und zur Beschlussfassung vorlegt. Es ist geplant, die Fahrbahn und die Parkplätze mit verschiedenfarbigem Betonsteinpflaster und die Beeinflächen gem. der Plandarstellung vom 19.01.2009 herzustellen.

Der Endausbau der Straße mit Namen „Kreuzdornweg“ und der Verlängerung des „Schierlingsweges“ in südlicher Richtung erfolgt in ähnlicher Bauweise wie der parallel verlaufende und Ende 2006 endausgebaute „Sanddornweg“. Die Planung sieht einen Straßenausbau für einen verkehrsberuhigten Bereich „Spielstraße“ mit entsprechenden Einengungen und einer Aufpflasterung im Kreuzungsbereich vor.

Die neue Zufahrtstraße (Schierlingsweg) vom „Wendeweg“ in das Baugebiet hat eine Ausbaubreite einschließlich beidseitiger Rinnenanlage von 4,75 m zwischen den Rundbordsteinen. Die vom „Schierlingsweg“ rechtwinkelig abknickende Straße (Kreuzdornweg) erhält eine Fahrbahnbreite zwischen den Borden von 4,30 m, die jeweils zweimal im Bereich der geplanten Parkplätze auf 3,50 m verringert wird. Der verbindende Fuß- und Radweg in Richtung Wendepark zur Straße „Flintkamp“ wird 2,20 m breit ausgebaut. Im Bereich des Spielplatzes wird neben dem Fuß- und Radweg ein 1,0 m breiter Seitenstreifen mit Schotter befestigt, damit der an der östlichen Grenze verlaufende Graben sowie der dortige Auslauf der Oberflächenentwässerung mit Spülwagen o.ä. erreicht werden kann.

Die Fahrbahnen werden grundsätzlich in Betonsteinpflaster grau ausgebaut, die mehrfach durch rote Betonsteinflächen zur Auflockerung des Pflasterbildes unterbrochen werden. Die 3-reihig verlaufenden Rinnen werden aus geflammten Pflastersteinen hergestellt. Die Fuß- und Radwegverbindung entlang des geplanten neuen Spielplatzes bzw. des vorhandenen Grabens und die Grundstückszufahrten sowie der kreisrunde Wendepark werden mit rotem Betonsteinpflaster angelegt. In der Mitte des Wendeparkes ist ein Pflanzbeet mit einem Durchmesser von 4,0 m vorgesehen. Um den Bedarf an Stellplätzen in diesem Baugebiet abzudecken, sind an drei Stellen Parkplätze angeordnet, die mit anthrazitfarbenem Pflaster ausgepflastert werden. Als geschwindigkeitsmindernde Maßnahme soll der Einmündungsbereich Schierlingsweg/Kreuzdornweg mit verschiedenfarbigem Betonsteinpflaster in Form eines Rondells angehoben werden.

Für die Bepflanzung ist die Baumart Gleditschie, auch Lederhülsenbaum genannt, vorgesehen. Diese klein bis mittelgroße Baumart wurde bereits am Schierlings- und Sanddornweg gepflanzt. Hier soll jedoch eine im Austrieb gelbblauige Variante verwendet werden. Die Gleditschie gilt in innerstädtischen Bereichen als gut geeignete Baumart.

Für die Beleuchtung entlang der Fahrbahn sind Straßenlampen des Typs AEG „Rondolux B1“ vorgesehen. Die entsprechenden Standorte sind im Plan gekennzeichnet.

Maße und nähere Einzelheiten sind in dem Ausbauplan und in den Ausbauquerschnitten dargestellt.

Ohne Beratung ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Beschlussvorschlag:

Der Ausbauplan für die Straßen „Kreuzdornweg und ein Teilstück des Schierlingsweges“ nach der Plandarstellung vom 19.01.2009 wird beschlossen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 16 Haushalt 2009, Unterbudgets aus dem Fachbereich 3
0731/2009/FB3**

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 04.12.2008 die Eckwerte für den Haushalt 2008 beschlossen.

Für den **Fachbereich 3** wurde folgendes Teilbudget eingeplant:

Einnahmen: 1.445.700,-- €
Ausgaben: 5.485.500,-- €

Zuschussbedarf: 4.039.800,-- €

Die Personalausgaben werden vom Fachdienst 1.3 „Personal“ bewirtschaftet und wurden, wie in den Vorjahren, vorabdotiert. Auf das Personal entfallen Einnahmen von 53.700,-- € und Ausgaben in Höhe von 2.120.100,-- €.

Aus dem Teilbudget entfallen anteilmäßig auf:

das **Unterbudget 3.1** „Stadtplanung und Bauaufsicht“:

Einnahmen: 246.300,-- €
Ausgaben: 323.600,-- €

Zuschussbedarf: 77.300,-- €

das **Unterbudget 3.2** „Stadtplanung und Bauaufsicht“:

Einnahmen: 288.100,-- €
Ausgaben: 470.500,-- €

Zuschussbedarf: 182.400,-- €

das **Unterbudget 3.3** „Umwelt und Verkehr“:

Einnahmen: 857.600,-- €
Ausgaben: 2.571.300,-- €

Zuschussbedarf: 1.713.700,-- €

Die Ansätze der einzelnen Haushaltsstellen können den beigefügten Einzelplänen der jeweiligen Unterbudgets entnommen werden.

Die Finanzziele werden mit den vorliegenden Ansätzen in den jeweiligen Unterbudgets des Fachbereichs 3 eingehalten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis. Eine weitere Beratung erfolgt im Rahmen der Haushaltsdebatte 2009.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 17 **Bezug von NaturWatt-Strom plus der Norder Stadtwerke durch die Stadt Norden und ihre Betriebe; Antrag der Ratsfraktion "Bündnis 90/Die Grünen"**
0737/2009/FB3

Sach- und Rechtslage:

Mit Datum vom 17.11.2008 stellt die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen den in der Anlage 1 beigefügten Antrag, der vom Rat am 04.12.2008 an die Ausschüsse zu den Haushaltsberatungen verwiesen wurde und anschließend dem Rat erneut vorgelegt werden soll.

Zur Sachverhaltsaufklärung wurden die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden gebeten, die Versorgung der Abnahmestellen der Stadt Norden mit NaturWatt-Strom und NaturWatt-Strom plus zu ermitteln (Anlage 2).

Die aus der Aufstellung der Wirtschaftsbetriebe zu entnehmenden höchsten Energiekosten der Preisgruppe (PG) 6 fallen bei der Stadtentwässerung Norden an.

Die Stadtentwässerung Norden bezieht den Strom zu einem günstigen Tarif von den Wirtschaftsbetrieben. Bei einer Umstellung auf NaturWatt-Strom würden zusätzliche Kosten von jährlich rund 162.394,00 EUR entstehen. Zur Deckung der Zusatzkosten wäre eine Erhöhung der Schmutzwassergebühr (derzeit 2,44 EUR/m³ Frischwasserverbrauch) um 0,09 EUR/qm auf 2,53 EUR/qm erforderlich.

Bei der Stadtentwässerung wird noch in 2009 ein Blockheizkraftwerk (BHKW) installiert, durch das die im Faulturn entstehenden Faulgase für die Energiegewinnung verwendet werden können. Es wird angestrebt, den Energiebedarf für das Klärwerk durch Energiesparmaßnahmen zu senken und vollständig durch das BHKW zu decken.

Am Beispiel der Stadtentwässerung wird deutlich, dass eine Entscheidung zum Bezug von NaturWatt-Strom nicht undifferenziert, sondern erst nach eingehender Analyse der städtischen Abnahmesituation getroffen werden sollte. Zurzeit laufen Energieeinsparungsmaßnahmen in einem erheblichen Umfang in den Schulen und Kindergärten und die Verwaltung erarbeitet derzeit ein gesamtstädtisches Energiemanagementkonzept.

Weiterhin sind die anfallenden Mehrkosten bei einem sofortigen Wechsel auf NaturWatt-Strom im städtischen Haushalt nicht zu verkraften.

Im Rahmen des ILEK-Projektes und des anschließenden Regionalmanagements wurde vereinbart, ein Gemeinschaftsprojekt "Regionales Klimakonzept" zu erarbeiten (sh. Anlage 3).

Die Verwaltung schlägt vor, zunächst die Ergebnisse des städtischen Energiemanagementkonzeptes und des regionalen Klimakonzeptes abzuwarten und danach die Entscheidung zum Bezug von NaturWatt-Strom zu treffen.

Ohne Beratung ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Beschlussvorschlag:

Die Entscheidung über den Antrag der Ratsfraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 17.11.2008 wird zurückgestellt, bis zur Vorlage der Ergebnisse des städtischen Energiemanagementkonzeptes und des Regionalen Klimakonzeptes.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 19 Anfragen

Die Anfragen wurden bei TOP Nr. 20 – Wünsche und Anregungen – mit aufgenommen.

zu 20 Wünsche und Anregungen

Folgende Wünsche und Anregungen wurden vorgetragen:

zu 20.1 Fertigstellung der Umgehungsstrasse - Zeitplan AN/0536/2009

Beigeordneter Sikken erkundigt sich nach dem Zeitplan für die Fertigstellung der Umgehungsstrasse. Städtischer Baudirektor Memmen antwortet hierauf, dass ihm keine Zeitverschiebungen z.B. wegen der Frostperiode bekannt seien. Er gehe von einer fristgemäßen Fertigstellung aus.

zu 20.2 Rad- und Fußweg Ostermarsch AN/0537/2009

Beigeordneter Sikken erkundigt sich nach der Realisierung des Fuß- und Radweges Richtung Ostermarsch. Städtischer Baudirektor Memmen erläutert hierzu, dass bei Nachfrage beim Straßenbauamt herausgekommen wäre, dass der Radweg doch nicht in der Prioritätenliste vorne stehe, sondern ein Ausbau erst ab 2011 angedacht sei. Die Verwaltung habe das Straßenbauamt und auch das zuständige Ministerium angeschrieben und um Klärung gebeten. Ratsherr Blaffert betont, dass es wichtig sei, nicht nur einen Radweg sondern einen kombinierten Rad- / Fußweg zu schaffen.

zu 20.3 Verkehrssicherungspflicht an Bahnübergängen AN/0538/2009

Ratsherr Bent erkundigt sich der Verkehrssicherungspflicht für Bahnübergänge. Zum Beispiel

wäre der Bahnübergang „Heerstrasse“ in einem sehr schlechtem Zustand.

**zu 20.4 Zustand des alten Bahnhofsgebäudes Bahnhofstrasse
AN/0540/2009**

Ratsfrau Niehaus erkundigt sich nach einer Nutzung des alten Bahnhofsgebäudes, da der Zustand immer schlechter würde. Städtischer Baudirektor Memmen kann hierzu keinen neuen Sachstand berichten.

**zu 20.5 Rad- und Fußweg Ziegeleistrasse
AN/0541/2009**

Ratsherr Blaffert erkundigt sich nach dem Aufwurf von Wällen u. ä. im Bereich Ziegeleistrasse / Alleestrasse und hätte gerne Informationen über den zugesagten Rad- und Fußweg an der Ziegeleistrasse.

**zu 20.6 Realisierung des Südlichen Stadteingangs
AN/0542/2009**

Ratsherr Köther erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich des Projektes im südlichen Stadteingang und wann der Vorhabenträger mit dem Bau anfangen müsse.

zu 21 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Fuchs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:21 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

- Fuchs -

- Schlag -

- Born -